

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 30. Juni 2025 · Nr. 148 · 246. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50



Nach dem offiziellen Ende der Kundgebung in Belgrad gab es Verletzte – und auch Festnahmen.

MARKO DJURICA / REUTERS

Studentenproteste in Serbien schlagen in Gewalt um

Präsident Aleksandar Vucic lehnt die Forderung nach vorgezogenen Wahlen ab

ANDREAS ERNST

Seit mehr als sieben Monaten protestieren Studenten in Serbien gegen ihre Regierung. Nun könnte es zu einer Veränderung der Bewegung kommen. Erstmals kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. In Belgrad stiessen in der Nacht auf Sonntag die Polizei und Demonstranten zusammen, auf beiden Seiten gab es Verletzte. Die Polizei nahm Dutzende Personen fest. Auf Videos ist zu sehen, wie Hooligans mit Holzlaten auf Polizisten losgehen.

Die Polizei behauptet, sie sei von Demonstranten angegriffen worden. Das ist umstritten. Von den Studenten, die zur Kundgebung aufgerufen hatten, heisst es, die Gewalt sei wahrscheinlich von Provokateuren der Regierung ausgegangen. Die Polizei habe Tränengas eingesetzt und Schockgranaten geworfen. Die Polizei weist die Vorwürfe zurück.

An der Kundgebung in der serbischen Hauptstadt nahmen nach zuverlässigen Schätzungen etwa 140 000 Bürgerinnen und Bürger teil. Die Polizei spricht dagegen von nur 36 000 Teilnehmern, was offensichtlich eine Untertreibung ist. Die Gewalt brach erst nach dem offiziellen Ende der Kundgebung um 22 Uhr aus.

Vucic setzt auf Repression

Die Studentenbewegung hatte die Kundgebung organisiert mit dem Ziel, den autoritär regierenden Präsidenten Aleksandar Vucic dazu zu bringen, Neuwahlen anzusetzen. Andernfalls werde die Bewegung zu gewaltlosem Widerstand gegen die Regierenden aufrufen. Vucic hatte schon vor der Demonstration verkündet, er denke nicht daran, nachzugeben. Der Protest sei vom Ausland ge-

steuert. Die Polizei, so Vucic, habe einen Staatsstreich abgewehrt. Beides ist Unsinn. Die Bewegung kommt ausschliesslich aus dem Land selbst, und was sie fordert, sind vorgezogene Wahlen.

Die Hoffnung des Präsidenten, dass der Widerstand nach monatelangen Protesten ausbrennt, scheint vergeblich. Dass es den Studentinnen und Studenten noch immer gelingt, über hunderttausend Bürger auf die Strasse zu bringen, zeigt, wie verbreitet der Widerwille gegen Vucics «Fortschrittspartei» ist, die Staat und Institutionen kontrolliert.

Das ist auch der Grund, weshalb sich Vucic gegen die geforderten Wahlen sträubt. Obwohl er die wichtigsten Medien kontrolliert, den Staatsapparat bei Wahlen einspannen und Gerichte gefügig machen kann, traut er sich einen Sieg seiner Partei nicht mehr ohne weiteres zu. Dies allein ist schon ein bemerkenswerter Erfolg der Studenten.

Der – wenn auch eher moderate – Gewaltausbruch könnte nun die Dynamik des Protestes verändern: Die Staatsmedien werden noch giftiger polemisieren und die Studenten als Terroristen und Landesverräter verunglimpfen. Auch die polizeiliche Repression scheint nun besser legitimiert. Verhaftungen von Aktivisten wegen angeblichen Umsturzversuchs dürften – zur Einschüchterung – zunehmen. Die Verwaltung ist bereits in die «Aufstandsbekämpfung» eingespant und hat die Lohnauszahlung an den streikenden Fakultäten eingestellt.

Es besteht aber auch die Gefahr einer Spaltung der Protestbewegung. Diese gab sich bisher betont überparteilich, sozusagen apolitisch, indem sie das öffentliche Interesse an einer funktionierenden Gewaltenteilung in den Vordergrund stellte. Damit können sich viele solidarisieren.

Auch der patriotische Charakter der Demonstrationen war inklusiv: Die muslimischen Kommilitonen aus dem Sandzak – der grenzübergreifenden, mehrheitlich muslimisch besiedelten Region im Südwesten des Landes – wurden eingeladen, und zusammen hielt man die serbische Flagge hoch. Das war ein bedeutendes Novum, genauso wie die von Kriegsveteranen öffentlich vorgetragenen Zeugnisse für Verbrechen, die in den neunziger Jahren im Namen Serbiens begangen worden waren.

Nationalistische Untertöne

Jetzt schieben sich bei den Protesten auch nationalistische Zeichen und Parolen ins Bild: Die Forderung nach der Rückholung Kosovos wird laut, und das Porträt von Bischof Nikola Velimirovic, der in den dreissiger Jahren sein Serbentum mit faschistischen Ideen kombinierte, wird herumgetragen. Das könnte zu Spannungen mit dem fortschrittlichen Teil der Bewegung führen, der einen Staat will, der alle Bürger unbesehen von Ethnie und Religion gleich behandelt.

Schliesslich gibt es nach sieben Monaten Streik auch immer mehr Hochschul-lehrer und Studierende, die den regulären Universitätsbetrieb wieder aufnehmen wollen. Ein genervter Belgrader Professor sagt, die Forderung der Studenten nach guten Institutionen habe bisher nur eine Folge gehabt: dass jetzt auch die Bildungsinstitutionen nicht mehr funktionierten.

Die Studentenbewegung steht vor schwierigen Entscheidungen in Bezug auf ihr Profil und ihre Strategie. Dieser Prozess könnte lange dauern, denn die Bewegung wird strikt basisdemokratisch geführt. Das unterscheidet sie diametral von ihrem Gegner Aleksandar Vucic.

Experten lehnen Steuern auf Vorsorgegelder ab

Der Bundesrat hat seine Pläne leicht angepasst – grosse Nachteile für Sparer bleiben

MICHAEL FERBER

Der Bundesrat plant weiterhin, die Steuerprivilegien für als Kapital bezogene Gelder aus Pensionskassen und der Säule 3a einzuschränken. Das hat Bundespräsidentin und Finanzministerin Karin Keller-Sutter vergangene Woche bekanntgegeben. Kapitalbezüge bis zu einer Höhe von 100 000 Franken sollen aber nicht stärker besteuert werden. So soll bei Kapitalbezügen aus der Säule 3a im Vergleich zu heute keine Mehrbelastung entstehen. Personen mit hohen Guthaben in der Säule 3a verteilen diese typischerweise auf mehrere Konten und Depots, die sie dann gestaffelt bezögen, teilt die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) dazu mit.

Der Berner Vorsorgespezialist Werner C. Hug bezeichnet die neuesten Pläne des Bundesrats als «halbpatzige Lösung» und als «Durcheinander». Daran ändere die geplante Verschönerung von Kapitalbezügen unter 100 000 Franken nichts. Mit den Plänen sollten politisch linke Kreise zufriedengestellt werden. «So will man es allen recht machen und macht alles falsch», sagt Hug.

Schrauben an den Tarifen

Der Vorschlag, die Steuern auf Kapitalbezüge zu erhöhen, ist Teil eines Pakets mit Empfehlungen, mit denen der Bundeshaushalt entlastet werden soll. Sie gehen zurück auf eine Expertengruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen Direktors der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Serge Gaillard.

Fachexperten hätten in der Vernehmlassung das Grundprinzip der steuerlichen Pläne kritisiert, sagt Lukas Müller-Brunner, Direktor des Pensionskassenverbands Asip. Nun versuche der Bundesrat, der Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er an den Steuertarifen herumschraube. Damit verschlimmere er die Probleme möglicherweise noch. Müller-Brunner fordert eine Grundsatzdiskussion dazu, wie man in der Schweiz Renten- und Kapitalbezug künftig besteuern will.

Marcel Rumo, Präsident des Vereins Vorsorge Schweiz, betont: «Wir haben aufgrund der demografischen Entwicklung bereits genug Herausforderungen bei der Finanzierung unseres Vorsorgesystems.» Diese Kapitalbezüge mit höheren Steuersätzen zu schmälern, schade dem System. «Bei einem Sparprozess über vierzig Jahre möchten Vorsorgesparer Gewissheit haben, dass die Spielregeln nicht steuerpolitischen Opportunitäten zum Opfer fallen.»

Tashi Gumbatshang, Vorsorgespezialist bei Raiffeisen Schweiz, sagt: «Wenn man als Mittelstand auch Leute meint, welche die Einzahlungen in die Säule 3a konsequent gemacht haben, sind diese insbesondere betroffen.» Die Pläne des Bundesrats machten die Vorsorge noch komplizierter und verunsicherten die Sparer. Wer sich zu wenig auskenne und

zu viel auf ein Säule-3a-Konto einzahle, werde bestraft.

Am Ende hielten die neuen Pläne die Sparer dazu an, Steueroptimierung zu betreiben, sagt Müller-Brunner. So werde der Anreiz, die Bezüge aufzuteilen, noch grösser. Der Asip-Direktor weist darauf hin, dass es durchaus Situationen gebe, in denen ein Bezug des Pensionskassenkapitals Sinn ergebe. In ihrer jetzigen Form sorgten die Pläne des Bundesrats dafür, dass selbst durchschnittliche Bezüge aus den Pensionskassen, wie sie im Mittelstand häufig vorkämen, stärker besteuert würden, während sich für höhere Bezüge die Optimierungsmöglichkeiten noch vergrösserten.

Es trifft Selbständige hart

Die geplante Reform dürfte Selbständigerwerbende besonders stark treffen. Viele von ihnen haben keine Pensionskasse und sorgen mit der Säule 3a für das Alter vor. Wer keiner Vorsorgeeinrichtung angeschlossen ist, darf in diesem Jahr bis zu 36 288 Franken beziehungsweise maximal 20 Prozent des massgebenden Einkommens in die Säule 3a einzahlen. Bei Selbständigen ohne Pensionskasse kommen so schnell höhere Vermögen als 100 000 Franken in einem Säule-3a-Topf zusammen.

Die Pläne des Bundesrats gingen völlig an der Branche, den Fachleuten und dem Volk vorbei, sagt Reto Spring, Präsident des Finanzplaner-Verbands Schweiz. Er gehe davon aus, dass diese entweder im Parlament oder in einer Volksabstimmung abgelehnt werden. Trotzdem befürchtet er, dass in den kommenden Jahren weitere ähnliche Ideen auf Sparer und Steuerzahler zukommen. Denn im Bundeshaushalt dürften sich in nächster Zeit weitere Löcher auftun.

Aus Sicht des Vorsorgespezialisten Hug wäre es besser, die Pläne insgesamt zu beerdigen und eine saubere gesetzliche Lösung anzustreben, die in der obligatorischen beruflichen Vorsorge (BVG) die Rente vorschreibt. Dies ist momentan nicht der Fall. Das in einem Zwangssparen eingezahlte Geld müsse in der Pensionskasse verbleiben, findet er, auch weil die Gefahr bestehe, dass Versicherte bei der Frage Rente oder Kapital bei der Pensionierung von Finanzinstituten falsch beraten würden.

Das BVG-Obligatorium gilt für alle Arbeitnehmer, die in der AHV versichert sind und mindestens 22 680 Franken pro Jahr verdienen. Dies soll eine angemessene Rente ermöglichen. Die obere Grenze des BVG-Obligatoriums liegt bei 90 720 Franken. Viele Pensionskassen zahlen ihren Versicherten Leistungen, die über dieses Obligatorium hinausgehen. Dies ist die sogenannte überobligatorische Vorsorge. Würden die jetzigen Pläne des Bundesrats beerdigt, könnte mit der neuen Lösung auch gleich geregelt werden, wie mit Bezügen aus der Säule 3a und von Freizügigkeitsgeldern umzugehen wäre, sagt Hug.